

## Berner Politik

# Das Korsett passt der Schweiz einfach nicht

**Magdalena Martullo\***  
über das Rahmen-  
abkommen der Schweiz  
mit der EU



**D**as vom Bundesrat präsentierte institutionelle Abkommen ist alles andere als massgeschneidert. Die EU-Schneider haben kein einziges Mal Mass genommen an uns Schweizern... Der Vertrag ist vielmehr ein Korsett, welches uns Schweizern übergestülpt und aufgezwungen wird! Mit dem Abkommen verpflichten wir uns, heutiges und zukünftiges EU-Recht zu übernehmen. Wenn wir anders abstimmen, werden wir bestraft, und sogar der Zollfrei-handelsvertrag kann ausgesetzt werden.

Bei jeder Abstimmung geht es dann um «alles oder nichts». Das Schiedsgericht hat nichts zu sagen. Der europäische Gerichtshof als fremder Richter entscheidet. Die lang-jährige Sozialpartnerschaft wird durch europäisches Arbeitsrecht ersetzt. Regulierungen, Zuwanderung, stärkerer Lohndruck, nicht mehr finanzierbare Sozialleistungen sind die Folgen. Für Graubünden wirkt sich der Rahmenvertrag besonders negativ aus. Nach europäischem Beihilfenrecht dürfen sich weder Gemeinden, der Kanton noch der

Bund wirtschaftlich engagieren, ohne dass die EU dies genehmigt. Die Beihilfen lassen keine Anreize für Ansiedlungen von Unternehmen, keine Wirtschaftsförderung, keine Steuervergünstigungen oder regionalpolitische Unterstützungen mehr zu. Die deutlich höheren EU-Mehrwertsteuersätze von mindestens 15 Prozent müssten übernommen werden. Bergbahnen, Tourismusorganisationen, öffentliche Anstalten wie Schwimmbäder oder Schneesportzentren, aber auch kulturelle und sportliche Organisationen und Veranstaltungen können nur noch mit Zustimmung der EU unterstützt werden. Sogar unsere Aus- und Weiterbildung sowie unsere Beschäftigungs- und Integrationsprogramme wären davon betroffen.

Mit dem Abschluss des bereits verhandelten Stromabkommens trifft es die Wasserkraft besonders hart. Grosswasserkraftwerke wie das Repower-Kraftwerk Robbia in Poschiao erhalten die Investitionsbeiträge des Bundes nicht mehr, Stromversorgungs- und Elektrizitätsgesellschaften müssen privatisiert werden. Die Bündner Kantonalbank, unsere Spitäler, die kantonale Gebäudeversicherung oder die Suva wären in dieser Form nicht mehr zugelassen. In der Landwirtschaft verstossen die Verkäufungszulage, das Schoggigesetz und die Siloverbotszulage gegen die EU-Regelungen. Auch in der Gentechnik wäre eine Öffnung nötig. Alle diese praktischen

Beispiele wurden von Professoren, die sowohl das Schweizer als auch das Europäische Recht fundiert kennen, in schriftlichen Gutachten zuhanden der Kantone und dem Parlament aufgelistet. Wer behauptet, der institutionelle Rahmenvertrag würde kaum etwas ändern, hat sich entweder nicht damit beschäftigt oder will (wie die von den Grosskonzernen gesteuerten Wirtschaftsverbände und die FDP) die Auswirkungen ganz einfach unter den Tisch kehren!

Und das Beste zum Schluss: Für all das müssten wir auch noch Milliarden an Franken an heutige und zukünftige EU-Programme und natürlich für die Kohäsionsmilliarde zahlen! Der Rahmenvertrag stellt unser gesamtes Rechtssystem, unseren ganzen Erfolg auf den Kopf. Er greift unsere Selbstbestimmung, unsere direkte Demokratie, unsere Steuerpolitik, unseren Arbeitsmarkt, unseren Föderalismus und unsere Sozialleistungen direkt an. Es geht hier um eine neue Rechtsordnung, welche uns aufgezwängt werden soll. Deshalb muss der Bundesrat den Vertrag entschieden zurückweisen und der EU klipp und klar erklären, dass das für uns nicht infrage kommt! Leider ist die SVP die einzige Partei in Bern, welche dies fordert und konsequent für eine Selbstbestimmung der Schweiz einsteht.

\* Magdalena Martullo ist Bündner SVP-Nationalrätin.